

Newsletter 06/2010

Editorial.....	S. 1
Fachseminare „Multi-ethnische Konflikte“.....	S. 2
Veranstaltungen im EL-DE-Haus und Stadtmuseum.....	S. 3
Veranstaltungen unserer Kooperationspartner.....	S. 4
Am rechten Rand.....	S. 6
Neu in der Bibliothek.....	S. 8
Weitere Veröffentlichungen und Hinweise.....	S. 9
Impressum.....	S. 11

**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,**



was die Ergebnisse der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen für eine kommende Regierung zu bedeuten haben, ist noch nicht ausgemacht. Was sie für die extreme Rechte bedeuten, steht indessen schon fest: Verglichen mit den Erwartungen, die die

Rechtsaußenparteien im Vorfeld formuliert hatten, war die Wahl eine Enttäuschung. Die NPD fiel von 0,9 Prozent in 2005 auf 0,7 (55.831 Stimmen), die REPUBLIKANER, die versucht hatten, sich von der rechtsextremen Konkurrenz zu distanzieren, verloren flächendeckend und erhielten lediglich 0,3 Prozent der Stimmen (23.430 Stimmen insgesamt). Bei der letzten Wahl waren es noch 0,8 Prozent gewesen. Andere Kleinstparteien am rechten Rand, wie beispielsweise „Ab jetzt... Bündnis für Deutschland“, sind nicht der Rede wert.

Einen Durchbruch erhofft hatte sich vor allem die „Bürgerbewegung pro NRW“. Doch mit insgesamt 1,4 Prozent (106.932 Stimmen) blieb man hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Vor allem in der Fläche war es nicht gelungen, die Wählerinnen und Wähler mit der rechtspopulistischen Propaganda zu überzeugen. Auch der Versuch, kurzfristig mit der Agitation gegen Griechenland („Kein Cent für Griechenland“) zu punkten, muss als Fehlschlag bewertet werden. Besonders in Köln, wo man bei der Kommunalwahl mit mehr als 5 Prozent in den Rat eingezogen war, hatte „pro NRW“ sich ein besseres Ergebnis erhofft. In der Domstadt gab es zwar „nur“ magere 2,4 Prozent, das ist jedoch noch immer über Landesdurchschnitt. Auch in anderen

Städten im Regierungsbezirk Köln erreichte die Rechtsaußentruppe „beachtenswerte“ Ergebnisse. Dazu zählen Bergheim (5,8 Prozent) und Leverkusen (3,9 Prozent). Die Wahlkampfkostenerstattung ist der Organisation auf jeden Fall sicher. So können ihre Strukturen gestärkt werden.

„Pro NRW“ hat nun das Projekt 2015 ins Leben gerufen und will weiter den Aufbau neuer Kreisverbände vorantreiben. Es gibt also weiterhin viel zu tun für die antirassistische Arbeit.

Eine ausführliche Analyse der NRW-Landtagswahl in Bezug auf die extreme Rechte wird derzeit von der Mobilen Beratung der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus erstellt. Sie wird in Bälde unter „Veröffentlichungen“ auf unserer Internetseite www.nsdok.de/ibs als pdf-Download für Sie bereit stehen.

Noch ein Wort in eigener Sache: Die neue, übersichtlichere Struktur des Newsletters, die in der letzten Ausgabe zum ersten Mal zum Tragen kam, haben wir natürlich beibehalten. Zukünftig soll der Newsletter immer am Monatsanfang erscheinen. Wir bitten Sie daher, uns Ihre Termine rechtzeitig bis Ende des vorherigen Monats zu schicken. Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe ist also Ende Juni 2010.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Juni und hoffe, dass Sie auch in diesem Newsletter interessante Informationen finden.

Hans-Peter Killguss,
Leiter der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Beratung und Demokratieverziehung im Kontext multi-ethnischer Konflikte Fachseminar am 14. Juni 2010, 11 - 16.30 Uhr, EL-DE-Haus, Köln



Bild: madonna mädchenpower

Immer wieder erreichen Landeskoordinierungsstellen Anfragen aus dem schulischen Kontext, in denen vor allem Lehrer/-innen auf die besonderen Konfliktlagen in herkunftsheterogenen Klassen hinweisen. Bisherige pädagogische Konzepte der Demokratieverziehung müssen überdacht und für herkunftsheterogene Settings weiterentwickelt werden. Dafür ist es nötig, sich eingehender mit den Hintergründen und Lebensrealitäten in migrantischen Communities zu beschäftigen. Ausgehend von diesen Beschreibungen können passgenaue Handlungsansätze entwickelt und im Rahmen von Beratungsanfragen auch im Bereich demokratiefeindlicher, antisemitischer und nationalistischer Ausprägungen bei Migrant/-innen Empfehlungen gegeben werden.

Seminarplan:

11 – 12.30 Uhr

Begrüßung

Einleitungsreferat: „Demokratiefeindliche Einstellungen bei türkischstämmigen Jugendlichen“ (Dr. Kemal Bozay, Universität zu Köln), kommentiert von Hans-Peter Killguss (Info- und Bildungsstelle

gegen Rechtsextremismus) und Marat Trusov (Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz)

12.30 – 13.30 Uhr

Mittagspause

13.30 – 16.00 Uhr

Workshops:

- Sexismus, Machismo und Geschlechterrollen in migrantischen Communities (Ahmad Mansour & Yilmaz Atmaca, HEROES)
- Homophobie und Homosexualität in muslimisch geprägten Milieus (LSVD, Köln)
- Pädagogische Ansätze gegen demokratiefeindliche Einstellungen in türkischen Communities (Dr. Kemal Bozay, Universität zu Köln)

16.00 – 16.30 Uhr

Zusammenfassung der Workshopergebnisse im Plenum und Diskussion

Tagesmoderation: Michael Trube, Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus

Eine Veranstaltung der Zentralstelle des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ in Kooperation mit der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus in Köln

Datum: 14. Juni 2010, 11 bis 16.30 Uhr

Veranstaltungsort: Seminarraum im NS-Dokumentationszentrum Köln, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

Anmeldung: bis zum 10. Juni 2010 unter zentralstelle@beratungsnetzwerke.de

Zum pädagogischen Umgang mit Antisemitismus Noch freie Seminarplätze am 7. Juni: Jetzt anmelden!

Der Workshop stellt neue Konzepte und Methoden vor, wie wir Antisemitismus in der pädagogischen Arbeit begegnen können: zielgruppen- und anlassspezifisch, Alter, soziale Herkunft und Bildungsstatus berücksichtigend. Dabei gehen wir davon aus, dass Bildungsangebote so entwickelt werden müs-

sen, dass sie möglichst ALLE Jugendlichen erreichen.

Referenten: Dr. Marcus Meier, Hans-Peter Killguss

Montag, 7. Juni, 14-17 Uhr

Melanchthon-Akademie, Kartäuserwall 24b, Köln

Anmeldung unter: 0221 – 931803-0

Kulturvermittlung mit und von Älteren in Geschichtsmuseum und Gedenkstätte Workshop, Dienstag, 8. Juni, 14 – 18 Uhr, Kölnisches Stadtmuseum

Mit der Vermittlungsreihe ‚Seniorentreff‘, den Arbeitskreisen im Kölnischen Stadtmuseum, in denen seit drei Jahrzehnten kulturengagierte Keyworker Veranstaltungen zwischen Führung und Event anbieten, und dem Projekt des NS-Dokumentationszentrums ‚Zeitzeugen‘, in dem es um Vermittlung erlebter Geschichte geht, werden erprobte Möglichkeiten altersbezogener Kulturarbeit im Bereich Museum / Gedenkstätte vorgestellt und diskutiert. Der Workshop findet von 14.00 bis 18.00 Uhr im Kölnischen Stadtmuseum, Zeughausstraße 1, 50667 Köln statt. Es wird ein Unkostenbeitrag in Höhe von 25 Euro erhoben.

Weitere Informationen:

Institut für Bildung und Kultur
Nina Selig
Tel.: 02191-794 295
E-Mail: selig@ibk-kultur.de

Referent: Dr. Ulrich Bock, Leiter der Museumspädagogik für das Kölnische Stadtmuseum und das Museum Schnütgen beim Museumsdienst

Treffpunkt: Kölnisches Stadtmuseum

Häuser und ihre jüdische Geschichte Lichtbildvortrag, Donnerstag, 10. Juni, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Viele Gebäude und Orte in Köln sind mit der Geschichte der jüdischen Bevölkerung vor 1945 verbunden. Der Vortrag stellt einzelne Werke jüdischer Architekten vor, beschreibt Wohn- und Geschäftshäuser und die Biografien ihrer jüdischen Eigentümer und Bewohner. Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Köln und seine jüdischen Architekten“

Referentin: Dr. Barbara Becker-Jákli
Eintritt: Euro 3,60

Führung durch die Sonderausstellung „Köln und seine jüdischen Architekten“ Sonntag, 27. Juni, 14 Uhr, EL-DE-Haus

Die Ausstellung präsentiert die Viten und Werke der bedeutenden jüdischen Architekten, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts in Köln gelebt und hier sowie auch auswärts gewirkt haben. Es wird das Bild der Stadt vorgestellt, das ein überwiegend heute nicht mehr bekanntes und vielfach untergegangenes Köln zeigt. Begleitprogramm zur Sonderausstellung „Köln und seine jüdischen Architekten“.

Referent: Martin Vollberg
Eintritt: Euro 3,60



Jüdisches Leben im Rheinland

Exkursion am 11. Juni 2010 zum LVR-Kulturhaus Landsynagoge Titz-Rödingen



Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts lebten die meisten deutschen Juden auf dem Land. Dies war eine Folge ihrer Vertreibung aus fast allen größeren deutschen Städten am Ende des Mittelalters. So gehörten auch im Rheinland kleine Synagogen zum Erscheinungsbild vieler Dörfer. In Rödingen (Gemeinde Titz, Kreis Düren) blieb eine dieser Dorfsynagogen fast unverändert erhalten. Zu ihr führt die Exkursion der Kölnischen Gesellschaft am 11. Juni 2010.

Die 1841 errichtete Rödinger Synagoge ist zusammen mit dem Wohnhaus der jüdischen Familie Ullmann das einzige weitgehend im Originalzustand erhaltene Gebäudeensemble dieser Art im westlichen Rheinland.

Schon Anfang des 19. Jahrhunderts wurde ein Wohnraum im Haus der Ullmanns als Betstube genutzt. 1841 ließ der langjährige Gemeindevorsteher Isaak Ullmann auf seinem Grundstück eine Synagoge für die jüdischen Familien von Rödingen und Umgebung erbauen. Um 1900 fand der letzte reguläre Gottesdienst in Rödingen statt. 1934

mussten die Nachfahren der Ullmanns unter dem wirtschaftlichen Druck des NS-Regimes die Gebäude verkaufen. Die neuen Eigentümer nutzten die leer stehende Synagoge als Werkstatt. Zweckentfremdet überstand sie die NS-Diktatur und die Nachkriegszeit und geriet über Jahrzehnte in Vergessenheit.

1999 hat der Landschaftsverband Rheinland das denkmalgeschützte Ensemble erworben, um es vor weiterem Verfall zu retten und neu zu beleben. Von 2006 bis 2008 wurden die Gebäude saniert, im September 2009 wurden sie als LVR-Kulturhaus Landsynagoge Rödingen eröffnet.

Im früheren Wohnhaus bietet eine Dauerausstellung anschauliche Informationen zu verschiedenen Facetten jüdischen Lebens im Rheinland in Vergangenheit und Gegenwart: u. a. zur Familiengeschichte der Ullmann über sechs Generationen, zur koscheren Küche früher und heute, zu Aspekten der jüdischen Religion, zu den typischen Berufen der Landjuden, zum jüdischen Ausbildungswesen und zu den Gründen der jüdischen „Landflucht“. Im Hinterhof lädt die ehemalige Synagoge zur Besichtigung, aber auch als Veranstaltungsort mit besonderer Atmosphäre ein.

Monika Grübel M.A., Judaistin, Autorin und Mitarbeiterin des Landschaftsverbandes Rheinland begleitet die Exkursion

Abfahrt: 11. Juni 2010, 13.00 Uhr Bushaltestelle an St. Andreas in der Komödienstraße, Rückkehr: ca. 17.30 Uhr an der Abfahrtstelle

Preis : Euro 12,-

Anmeldungen per Fax (0221 – 617286), E-Mail (chrjuedzus@aol.com) oder telefonisch (0221 – 617284)

Eine gemeinsame Veranstaltung der Kölnischen Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit und des Landschaftsverbandes Rheinland

Tag der offenen Tür in der Gedenkstätte „Landjuden an der Sieg“

20. Juni 2010, 11 – 17 Uhr, Windeck-Rosbach

Anlässlich des 50. Jahrestages der so genannten „Reichskristallnacht“ hat der Rhein-Sieg-Kreis 1988 die Einrichtung einer Gedenkstätte beschlossen, die den Zugang zu einer umfangreichen Dokumentation des jüdischen Lebens an der Sieg bietet. Gleichzeitig soll damit ein Beitrag zur Erinnerungsarbeit und öffentlichen Auseinandersetzung mit

dem Nationalsozialismus geleistet werden. Das ehemalige, ca. 200 Jahre alte Wohnhaus der Familie Seligmann in der Bergstraße in Windeck-Rosbach wurde am 28. August 1994 seiner neuen Nutzung als Gedenkstätte „Landjuden an der Sieg“ der Öffentlichkeit übergeben. Am 20. Juni bietet die Gedenkstätte einen Tag der offenen Tür an.

Programm:

11.00 – 11.35 Filmvorführung „Man muss den Himmel sehen können. Jüdischer Alltag im Rheinland“
12.15 – 13.00 Rundgang „Auf jüdischen Spuren durch Rosbach“
14.00 – 14.30 Max Erben, Köln: Jiddische Lieder und Texte
14.30 – 15.15 Filmvorführung „Ausgerottet“
15.15 – 15.45 Max Erben, Köln: Jiddische Lieder und Texte
15.45 – 16.30 Rundgang „Auf jüdischen Spuren durch Rosbach“
16.30 – 17.05 Filmvorführung „Man muss den Himmel sehen können. Jüdischer Alltag im Rheinland“
Durchgehend: Kurzführungen durch die Gedenkstätte
Für Kaffee, Kuchen und gekühlte Getränke ist gesorgt. Darüber hinaus stellen sich verschiedene lokale Akteure, wie die Initiative gegen Rechtsextremismus in Windeck, Eitorf und Umgebung, vor. In diesem Zusammenhang präsentiert auch die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln ihre Arbeit.

Betriebe für Demokratie

Veranstaltung am 21. Juni 2010 im Innenministerium Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf

Das Innenministerium Nordrhein-Westfalen lädt in Kooperation mit dem Wirtschafts- und dem Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen, dem Westdeutschen Handwerkskammertag e.V. und den Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen e.V. für den 21. Juni 2010 herzlich in das Innenministerium ein.

Das Ziel dieser Veranstaltung ist, Vertreterinnen und Vertreter aus Betrieben und Wirtschaftsorganisationen über Strategien und Inhalte extremistischer Parteien und Organisationen zu informieren, Beispiele für die Prävention aus der betrieblichen Praxis zu präsentieren, Hintergründe zu beleuchten sowie Beratungsnetzwerke und Unterstützungsangebote für die Akteure in der Berufsbildung vorzustellen. Diese Veranstaltung bildet zugleich den Auftakt für eine Reihe von Aufklärungsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern.



Programm:

13:00 Uhr **Grußworte**

Dr. Ingo Wolf MdL – Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Franz-Josef Knieps MdL – Präsident des Westdeutschen Handwerkskammertages
Burkhard Landers – Präsident der Niederrheinischen Industrie- und Handelskammer

13.30 Uhr **Aktuelle Lage des Extremismus in Nordrhein-Westfalen**

Burkhard Freier – stv. Leiter des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen

14.15 Uhr **Betriebe für Demokratie – gegen Extremismus**

Beispiele aus der Praxis

Frank Lessing und *Andreas Döbler* – Klaus Kuhn Edelstahlgießerei GmbH, Radevormwald
Hartmut Gähl – Deeskalationstrainer, Langenfeld
Katrin Peplinski – ERGO-Versicherungsgruppe, Düsseldorf

14:45 Uhr **Beratungsnetzwerke in Nordrhein-Westfalen**

Dr. Harald Bergsdorf – Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus
Anne Broden – Netzwerk zur Beratung von Eltern und Bezugspersonen rechtsextrem orientierter Jugendlicher in Nordrhein-Westfalen
Michaela Berenz – Aussteigerprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen

Moderation: *Michaela Padberg* – WDR Arnsberg

15:00 Uhr **Kaffee und Gelegenheit zur Kontaktaufnahme mit allen Beteiligten**

Anmeldemöglichkeiten:

Telefax: 0211/871 - 162851

E-Mail: Bestellung.Verfassungsschutz@im.nrw.de

Ansprechpartner: Dr. Thomas Grumke,
Thomas.Grumke@im.nrw.de

Veranstaltungsort: Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, Saal 1 – 4, Düsseldorf

Am rechten Rand

Neues von der extremen Rechten in Köln und Umland

Neonazis zum 8. Mai



Neonazistischer Aufkleber der AG Rheinland

Anlässlich des 8. Mai 2010 haben Neonazis im Rheinland, darunter auch in Köln, Pulheim und Leverkusen, Flugblätter verteilt sowie Plakate und Aufkleber verklebt.

„8. Mai: Tag der Befreiung? – Wir feiern nicht!“, so das Motto der kleinen Kampagne. In den Flugblättern wird mit haltlosen Zahlen beklagt, dass 5 Millionen Deutsche in den alliierten Besatzungszonen den Hungertod gestorben seien und bei den „Ver-

treibungen“ 3 Millionen Deutschen ihr Leben verloren hätten. Den 8. Mai als Befreiung zu feiern und „dabei all diese Grausamkeiten einfach unerwähnt zu lassen ist eine Entwürdigung unserer Toten und zeigt die Verkommenheit und Volksfeindlichkeit derer, die es tun“, so das neonazistische Pamphlet in revisionistischer Manier. Die AG Rheinland, ein Zusammenschluss verschiedener Neonazigruppen, in dem neuerdings wieder die „Autonomen Nationalisten Köln“ auftauchen, brüstet sich auf ihrer Internetseite mit den Aktionen, die klargestellt hätten, „dass es immer noch Deutsche gibt, die ein Rückgrat besitzen und nicht einfach die Lügen der Alliierten übernehmen.“ Man werde Jahr für Jahr weitemachen, bis „die volksfeindlichen Geschichtsbücher endlich zum Altpapier gelegt“ würden.

Stabswechsel bei der pro-Bewegung

Manfred Rouhs hatte in letzter Zeit immer weniger im Rampenlicht gestanden, wenn es um „pro NRW“ oder „pro Köln“ ging. Nun tritt er von seinem Amt als Schatzmeister von „pro Köln“ zurück, ihm folgt Karel Schiele. Rouhs soll zwar weiterhin dem Vorstand angehören, er „wird sich allerdings in den kommenden Monaten schwerpunktmäßig mit dem Verbandsaufbau sowie dem Landtagswahlkampf in Berlin befassen“, so eine Meldung von „pro Köln“.

In die Bundeshauptstadt zieht es auch andere: Die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ will ihren Sitz nach Berlin verlegen. Der schwedische Unternehmer Patrik Brinkmann löst dabei Manfred Rouhs als Vorsitzender der Rechtsaußentruppe ab. Den Eindruck, dass er bei pro nun weniger zu melden habe, versucht Manfred Rouhs zu zerstreuen. Als Geschäftsführer von „pro Deutschland“ hat er weiterhin weitreichende Befugnisse.

Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit legt Beschwerde ein

Nachdem das Ermittlungsverfahren gegen den Betreiber der Kölner Klagemauer eingestellt worden ist, hat die Kölnische Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit nun Beschwerde eingelegt.

Dazu Jürgen Wilhelm, Vorsitzender der Kölnischen Gesellschaft: „Die Einstellungsverfügung gegen den Betreiber der „Kölner Klagemauer“ durch die Staatsanwaltschaft vom 8.4.2010 ist in ihrer tatsächlichen Feststellung der Analyse des Sachverhaltes, aber auch in ihrer rechtlichen Einordnung fehlerhaft und führt so zu dem falschen Schluss, das Verfahren sei ohne Anklageerhebung einzustellen. In diesem Zusammenhang ist auf einen wichtigen lokalhistorischen Vorläufer hinzuweisen. Im Jahre 1929 verurteilte ein Kölner Gericht den damaligen Gauleiter der NSDAP, Robert Ley, weil er sich in Hetzschriften traditioneller antisemitischer

Stereotypen bediente, so durch die Veröffentlichung einer Karikatur, die die Ritualmordlügen gegen Juden propagierte.

Aktuell zeigt sich insbesondere durch den Brandanschlag auf die Raschi-Synagoge in Worms am 18.05.2010 der gemeingefährliche Antisemitismus. Besonders wichtig ist hier der Zusammenhang zur „Kölner Klagemauer“, weil wieder ein Beleg vorzufinden ist, wie Antisraelismus in gewalttätigen Antisemitismus umschlägt.“

Durch ihr weiteres juristisches Vorgehen erhofft sich die Kölnische Gesellschaft eine Belebung der Debatten um die weitverbreiteten Übergänge zwischen dem Hass auf den Staat Israel und den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland.

Das Beschwerdeschreiben kann in der Geschäftsstelle (Tel. 0221-6172 84) angefordert werden.

Neu in der Bibliothek

Cornelius Peltz-Förster: Handlungsfähig bleiben – handlungsfähig werden



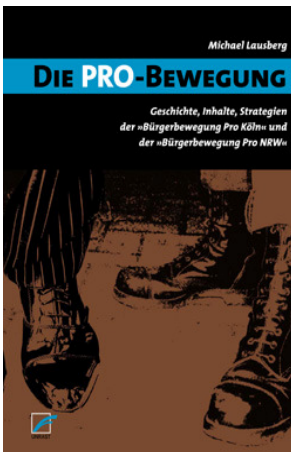
Ziel der zweiten, aktualisierten und erweiterten Auflage dieses Buches bleibt primär, Eltern von rechtsextrem orientierten Jugendlichen ein Handwerkszeug an die Hand zu geben, um in der Auseinandersetzung mit ihrem Kind handlungsfähig zu bleiben oder es wieder zu werden. Dieses Buch richtet sich aber auch an

Multiplikator/innen in der (sozial)pädagogischen Arbeit sowie an Lehrerinnen und Lehrer. Im Mittelpunkt steht dabei der Ansatz, den Zugang zur Auseinandersetzung mit dem Kind nicht ausschließlich über subjektive Moralvorstellungen oder Bewertungen der Eltern, sondern zusätzlich über rechtliche Grundlagen zu wählen. Anhand von Fragen wie „Was können Eltern unternehmen, wenn ihr Kind in

seinem Zimmer ‚rechte Musik‘ hört?“ und weiteren Fragestellungen werden sowohl der rechtliche Rahmen elterlichen Handelns als auch Handlungsempfehlungen benannt. Die Antworten werden von einer betroffenen Mutter, einem Aussteiger sowie einem Experten mit Blick auf ihre „Alltagstauglichkeit“ kommentiert. Die Geschichte der betroffenen Mutter wird darüber hinaus ausführlich dokumentiert. Neben Informationen zu Hintergründen und Ursachen rechtsextrimer Orientierungen und einer kommentierten Materialliste zum Thema sind Adressen von Beratungs- und Informationsstellen aufgeführt.

Cornelius Peltz-Förster: Handlungsfähig bleiben - handlungsfähig werden. Rechtliche Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Eltern rechtsextrimer Jugendlicher, Reihe „Kompetente Konzepte für Demokratie und Toleranz“, Band 3, Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN, 2. Aufl., Braunschweig 2010

Michael Lausberg: Die Pro-Bewegung



Spätestens seit ihren Wahlerfolgen ist eine intensivere Auseinandersetzung mit der Pro-Bewegung notwendig geworden. Im Zuge der aktuellen antimuslimisch-rassistischer Debatten um die Äußerungen Sarrazins oder des Schweizer Minarettverbots zeigt sich die Brisanz einer demagogischen und populistischen Bewegung.

In diesem Buch wird auf die Geschichte, inhaltliche Aussagen und Strukturen der Pro-Bewegung eingegangen. Neben der islamfeindlichen Agitation versucht sie besonders bei den Themenbereichen „Innere Sicherheit“, „Korruption“, „Bürgernähe“ und „Abwehr des Multikulturalismus“ zu punkten. Unter dem spießbürgerlichen Gewand einer „Bürgerbewegung“ transportiert die pro-Bewegung rassistische Botschaften und bietet einfache Lösungen für komplexe gesellschaftliche und soziale Problemlagen an.

Spätestens seit ihren Wahlerfolgen ist eine intensivere Auseinandersetzung mit der „Bürgerbewegung pro Köln“ und der „Bürgerbewegung pro NRW“ notwendig geworden. Im Gegensatz zu altingesessenen völkischen Parteien wie die NPD, DVU oder „Die Republikaner“ gelang der rechten „Bürgerbewegung pro Köln“ bei den Kommunalwahlen 2004 in Köln ein unerwarteter Wahlerfolg von 4,7 % der Stimmen. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 30. August 2009 erreichte „pro Köln“ 5,36 % der Stimmen. Mit einem antiislamistischen Rechtspopulismus feierte die Organisation mit lokalen Kampagnen gegen einen geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld erste kommunalpolitische Erfolge. Mitglieder von „pro Köln“ haben zusammen mit politisch Gleichgesinnten und kommunalen rechten Mandatsträgern die „Bürgerbewegung pro NRW“ ins Leben gerufen. Das Buch berichtet im Wesentlichen nichts Neues, ist aber als Nachschlagewerk und Zusammenfassung gut geeignet.

Michael Lausberg: Die Pro-Bewegung. Geschichte, Inhalte, Strategien der „Bürgerbewegung Pro Köln“ und der „Bürgerbewegung Pro NRW“, Unrast-Verlag, Münster 2010

Projektförderung I

Reader zum Fundraising für die Projektarbeit gegen Rechtsextremismus erhältlich

Projekte zur Stärkung von Zivilcourage und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus leisten in Köln und in anderen Regionen der Republik wichtige Arbeit zur Förderung und Stärkung von Demokratie. So vielfältig und notwendig diese Projektarbeit gegen Rechts jedoch ist, so ungesichert stellt sich leider oftmals deren Finanzierung dar. Hier lässt sich durchaus eine paradoxe Situation konstatieren: Diejenigen, die sich um die Stärkung von demokratischen Werten z.B. im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren, erhalten zwar viel verbale Anerkennung für ihre Arbeit, aber immer noch zu wenig Geld, das zudem oftmals eng an Projektlaufzeiten gekoppelt ist.

Vor dem Hintergrund des Auslaufens des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ in Köln wurden in einem Seminar Basiskompetenzen des Fundraisings für Initiativen und Projekte gegen Rechtsextremismus vermittelt. Dazu hat Martin Rüttgers (www.politikberatung-ruettgers.de), der den Lokalen Aktionsplan in Köln berät, einen Reader erstellt. Auch wenn die staatlichen Ebenen von Bund und Ländern sich nicht komplett aus der Finanzierungsverantwortung zurückziehen dürfen: Beim Kampf gegen Rechts ist es unerlässlich, so Rüttgers, sich rechtzeitig einen kompakten Überblick über alternative Förderungen z.B. von Stiftungen zu verschaf-

fen und auf dieser Grundlage das Fundraising für die eigene Organisation zu optimieren.

Zu beachten ist hierbei, dass die beliebtesten Felder im stagnierenden deutschen Spendenmarkt nach wie vor die Themen „Kinder“ und „Gesundheit“ sind. Fundraising für Projekte gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus bzw. zur Stärkung von (lokaler) Demokratie und Zivilcourage ist demgegenüber ein relativ schwierig zu beackerndes Feld, das sich grundlegend von anderen Fundraisingfeldern unterscheidet. Wichtige Hinweise sowie praktische Tipps und Tricks finden sich in dem Reader. Er ist als pdf-Dokument über ibs@stadt-koeln.de erhältlich.



Projektförderung II

Bundesliga-Stiftung unterstützt Integrationsprojekte

Mit der Anfang 2009 gegründeten Bundesliga-Stiftung möchten die Deutsche Fußball Liga GmbH und der Ligaverband e.V. verstärkt gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Mit der Förderung sollen Projekte zugunsten von Kindern, Menschen mit Behinderungen, Sportler(inne)n anderer Sportarten und der Integration finanziell unterstützt wer-

den. Auf diesem Wege soll die Popularität der Bundesliga auch für gemeinnützige und soziale Projekte genutzt werden. Anträge können laufend gestellt werden.

Weitere Informationen: <http://www.bundesliga-stiftung.de/stiftung/index.php>

Praxishilfe InterKulturell on Tour Veröffentlichung zum Download

Zum Abschluss des Projekts InterKulturell on Tour, das als Kooperation zwischen der Naturfreundejugend Deutschlands, der Deutschen Sportjugend (dsj), transfer e. V., IJAB e. V., JUGEND für Europa und VIA e. V. durchgeführt wurde, ist eine Praxishilfe veröffentlicht worden, in der die zentralen Ergebnisse und Erfahrungen des Projekts sowie Be-

funde der wissenschaftlichen Begleitung durch die FH Köln zusammengefasst wurden. Die Publikation ist als pdf-Download erhältlich.

http://www.jugendfuereuropa.de/downloads/4-20-1807/Praxishilfe_komplett_gm_web.pdf

Interkulturelle Woche in Köln **Organisatoren bitten um Anmeldung von Veranstaltungen**

Die Interkulturelle Woche (IKW) findet in diesem Jahr von Montag, dem 20. September bis zum Sonntag, dem 3. Oktober statt. Das vom ökumenischen Vorbereitungsausschuss der zentralen Stelle in Frankfurt/Main bundesweit ausgegebene Motto lautet für 2010 „Zusammenhalten – Zukunft gewinnen“.

Für Ihre Beiträge zur Interkulturellen Woche, die Sie bereits geplant haben, bzw. noch organisieren, gibt es ein Anmeldeformular, das Sie auf www.interkulturelle-woche-koeln.de herunterladen können.

Die Geschäftsstelle, als zentrale Anlaufstelle, ist gerne bereit, bei den diversen Projektplanungen beratend tätig zu sein sowie Kontakte zu vermitteln. Die Programmbroschüre der IKW wird in einer Auflage von 20.000 Exemplaren gedruckt. Diese wird im gesamten Kölner Stadtgebiet verteilt. Zudem wird das Programm an zahlreiche Multiplikatoren

versandt und in relevanten Internetforen veröffentlicht. Alle Veranstaltungen werden auch auf www.interkulturelle-woche-koeln.de eingestellt. Plakate werden in öffentlichen Gebäuden ausgehängt.

Weitere Informationen:

Geschäftsführung des Trägerkreises der Interkulturellen Woche

Caritasverband für die Stadt Köln e.V.

Stolzestraße 1a, 50674 Köln

www.interkulturelle-woche-koeln.de

Gabriele Lennartz

Tel.: (0221) 560 46-24, Fax: (0221) 560 46-61

E-Mail: gabriele.lennartz@caritas-koeln.de

Thomas Schweinsberg

Tel.: (0221) 560 46-44, Fax: (0221) 560 46-61

E-Mail: thomas.schweinsberg@caritas-koeln.de

Facebook, Fun und Ramadan. Lebenswelten muslimischer Jugendlicher **IDA veröffentlicht Reader**

Der Reader des IDA e. V. stellt sich die Aufgabe, die komplexen und vielschichtigen Lebenslagen junger Muslimas und Muslime in Deutschland in den Blick zu nehmen. Er vermittelt Hintergrundinformationen zu den Themenfeldern Religion, Familie, Gender, Bildung, Gewalt und Jugendkulturen.

In den Beiträgen werden auch Schlussfolgerungen für die Pädagogik gezogen. In Selbstporträts kommen muslimische Jugendliche selbst zu Wort. Abgerundet wird der Reader durch Projektbeschreibungen und die Darstellung methodischer Übungen sowie Hinweise auf Filme, Projekte und didaktisches Material, das in der Jugendbildungsarbeit eingesetzt werden kann. Ein Großteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Deutschland kommt aus Familien mit einem muslimischen Hintergrund. In den letzten Jahren wurden diese Jugendlichen in der Öffentlichkeit stärker als ‚Muslime‘ denn als Jugendliche mit Migrationshintergrund wahrgenommen. Zudem stehen ‚der Islam‘ und damit die als ‚Muslime‘ definierten Menschen in Deutschland häufig im Fokus von Diskussionen über Integration. Die Publikation nähert sich dem Thema Lebensla-



gen junger Muslimas und Muslime aus verschiedenen Perspektiven, um die Heterogenität der als ‚Muslime‘ definierten Jugendlichen deutlich zu machen und durch die Darstellung der Vielschichtigkeit ihrer Lebensrealität vereinfachenden Erklärungen für Jugendgewalt und Selbstethnisierung entgegenzuwirken.

Dabei spielen die soziale Situation, Schule und Ausbildung, Freizeit, Vorstellungen von Religiosität, Islamfeindlichkeit und Diskriminierung, aber auch problematische Seiten von Selbstethnisierung sowie die Frage nach antisemitischen und nationalistischen Tendenzen bei den Jugendlichen eine Rolle.

Der Reader kann gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro sowie

Portokosten bestellt werden über:

IDA e. V.

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf,

Tel: 02 11 – 15 92 55-5

Fax: 02 11 – 15 92 55-69

E-Mail: info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Deutlich erhöhte Diskriminierungsrisiken LSVD veröffentlicht Studie zur Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund

Unter dem Titel „Doppelt diskriminiert oder gut integriert? Zur Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund“ hat der Lesben- und Schwulenverband Deutschland (LSVD) eine neue Studie veröffentlicht. „Die Familienpolitik muss sich der Situation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund annehmen. Für sie stellt die Familie deutlich überproportional ein hohes Diskriminierungsrisiko dar. Das beeinträchtigt die Chancen junger Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben erheblich“, so Axel Hochrein, Sprecher des LSVD.

„Mit der vom LSVD in Auftrag gegebenen Untersuchung liegt nun die erste systematische und differenzierte Studie über die Lebenssituation lesbischer Migrantinnen und schwuler Migranten in Deutschland vor. Die Ergebnisse zeigen eine von großer Vielfalt und hoher Problemlösungskompetenz gekennzeichnete Gruppe, die aber besonderen Diskriminierungsrisiken ausgesetzt ist. Ein großes Problem ist das Coming-out. Die Studie zeigt, dass der Anteil der offen lebenden Lesben und Schwulen in der Gruppe mit Migrationshintergrund signifikant geringer ist.“

Als besonderer Problembereich erweise sich die Situation in den Familien. Die Eltern reagieren negativer, die Partnerschaften werden weniger akzeptiert. Viele der Befragten gaben an, zugunsten der Familie auf ein offenes Leben als Lesbe oder Schwuler zu verzichten. Das Diskriminierungsrisiko vergrößert sich, wenn die Familie aus einem Land kommt, das von starker Homophobie geprägt ist. Das Risiko sinkt, wenn die Familie Kontakt zu Familien ohne den eigenen Migrationshintergrund hat.

Auffällig ist, dass die Befragten in Deutschland häufiger Diskriminierungen auf Grund der Homosexualität erlebten, als Diskriminierungen aufgrund ihrer Herkunft. Das ist angesichts der vielfach belegten Probleme durch rassistische Diskriminierung in Deutschland ein gravierender Befund, so Hochrein. Zudem wurden die Diskriminierungen wegen der sexuellen Identität als belastender eingeschätzt.

Der LSVD fordert deshalb den Ausbau der Unterstützungsangebote für Lesben und Schwule mit Migrationshintergrund sowie eine systematische Aufklärungsarbeit für Eltern und Familien zum Thema Homosexualität. Das Thema Homosexualität muss integraler Bestandteil einer verantwortungsvollen Integrationspolitik sein, um die durch die Studie festgestellten Probleme wirksam zu bekämpfen.

Ergebnisse der Studie unter:

www.migrationsfamilien.de/studie_steffens.html

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs